

GEDENKDIENTST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog

4/2014 71. Ausgabe

Ohne Ansehen der Fluchtgründe

Österreichs erstes Deserteursdenkmal steht in Wien



Die Eröffnung des Denkmals für die Verfolgten der NS-Militärjustiz am 24. Oktober 2014 am Ballhausplatz

Am 24. Oktober 2014 wurde mit einem Staatsakt am Wiener Ballhausplatz das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz eröffnet. Die Inauguration markiert einen Meilenstein auf dem Weg zu einer vollständigen gesellschaftlichen Rehabilitierung von Deserteuren und anderen ungehorsamen Soldaten. Gegen sie verhängten Wehrmachtgerichte während des Krieges über 30.000 Todesurteile, davon schätzungsweise 2.500 gegen ÖsterreicherInnen.¹

Auf der Einweihung sprachen unter anderem Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Josef Ostermayer sowie der Wiener Bürgermeister Michael Häupl, was den staatspolitischen Stellenwert des Anlasses verdeutlicht.² Medial sorgte die Eröffnung auch international für großes Interesse.³ Besonders beeindruckt hat die BerichterstatteInnen dabei offenbar die Äußerung von Trauer wie auch die Bitte um Verzeihung für die fast 60-jährige Weigerung Österreichs, die Leiden und Leistungen der Verfolgten anzuerkennen. Das Denkmal am Ballhausplatz bringt nun gewissermaßen auf die Straße, was der Nationalrat in seinem Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz im Jahre 2009 formell beschossen hat: Die Deserteure und andere Verfolgte der Wehrmachtjustiz politisch, juristisch und damit auch symbolisch als NS-Opfer anzuerkennen – und zwar ohne Betrachtung der Motive, die den jeweiligen Verweigerungshandlungen zugrunde lagen.

Die ersten Kapitel im Buch der Rehabilitierung

Am Anfang stand zunächst die Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen. Diese fehlten 55 Jahre nach Kriegsende noch nahezu völlig.⁴ Die Initiative zur Er-

forschung der NS-Militärjustiz ging im Jahr 1998 von einer Gruppe Studierender an der Universität Wien aus. Dann ging alles sehr schnell. Mit Unterstützung von Walter Manoschek, der das Seminar leitete, gelang es bereits im Jahr darauf eine Entschließung des Nationalrats zu erreichen, das noch unerschlossene Feld zu erforschen. Nach einem Gesetzesantrag der Grünen 2002 beschloss der Nationalrat drei Jahre später – auf Grundlage des 2003 vorgelegten Forschungsberichts – ein erstes NS-Aufhebungsgesetz, das zwar eine sozialrechtliche Gleichstellung der Deserteure mit anderen Opfern des Nationalsozialismus bedeutete, allerdings noch nicht die pauschale Rehabilitierung brachte.⁵ Hier schaffte erst das bereits erwähnte Gesetz von 2009 endgültig Abhilfe. Die Verabschiedung erfolgte unter dem unmittelbaren Eindruck der am 1. September 2009 im Wiener Nestroyhof eröffneten Wanderausstellung *Was damals Recht war... – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht*. Veranstalter war das Personenkomitee *Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz*.

Daneben sind aber auch zivilgesellschaftliche Interventionen zu nennen, die den Weg zum Deserteursdenkmal ebneten, wie etwa politische Aktionen einer Gruppe um die ehemalige Grüne Gemeinderätin Friedrun Huemer,⁶ die Errichtung temporärer Denkmäler durch die *Arge Wehrdienstverweigerung* und die Wiener Künstlerin (und spätere Grünen Abgeordnete zum Nationalrat) Tanja Windbüchler sowie später auch des *AK Denkmalpflege* am Heldenplatz.

Die Entscheidung für das Denkmal in Wien

Im Dezember 2010 kam dann als folgerichtiger nächster Schritt die Entschei-

dung für das österreichweit erste Deserteursdenkmal durch die rot-grüne Wiener Stadtregierung. Ein Jahr später konstituierte sich in der *MA 7 (Kultur)* ein Gremium, das die Grundlagen für das Denkmalprojekt erarbeiten sollte. Es ging um die inhaltlichen Eckpunkte in Form eines *mission statements*, die Auswahl des Denkmalstandortes und Ideen für die erforderliche Vermittlungsarbeit nach Eröffnung. Nach der raschen Verabschiedung des *mission statements* waren die kommenden Monate geprägt von zähen Auseinandersetzungen um die zentrale Frage, wo das Denkmal künftig stehen sollte. Die Debatte überschneidet sich mit derjenigen über die Zukunft des Gedenkens im *Österreichischen Heldendenkmal* im Äußeren Burgtor, angestoßen durch den Grünen Bildungssprecher Harald Walser. Dieser hatte darauf aufmerksam gemacht, dass in den Gedenkbüchern in der Krypta auch Mördern und Kriegsverbrechern ein ehrendes Andenken bereitet wurde.⁷

Die Standortfrage

In Sachen Deserteursdenkmal hatte sich das Personenkomitee *Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz* zunächst vehement für den Heldenplatz als einzig angemessenen Standort ausgesprochen.⁸ Nachdem deutlich wurde, dass diese Standortwahl allein aus formalen Gründen eine ‚Hängepartie‘ werden musste, brachte das Personenkomitee den Ballhausplatz ins Spiel.⁹ Unmittelbar an den Heldenplatz angrenzend und im Besitz der *Stadt Wien* vereinigte er viele Vorteile auf sich und erfüllte damit alle zuvor definierten Kriterien (Zentralität des Ortes, seine historische Be-

Inhalt

Die Geschichten auf den Tisch legen	2–3
Das Denkmal der deutschen Besetzung in Budapest und zivilgesellschaftliche Interventionen	4–5
Verabschiedung von Adalbert Wagner – ‚Felix Austria‘	6
Begrüßung von Michael Spiegl	6
vor.gelesen Rezensionen	7
Ankündigungen und Veranstaltungshinweise	8

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

In dieser Ausgabe von *GEDENKDIENTST* widmen wir uns anhand von Orten, Denkmälern und Initiativen der Erinnerungslandschaft. Magnus Koch thematisiert in seinem Leitartikel das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz am Wiener Ballhausplatz, das im Herbst 2014 eröffnet wurde, und rekapituliert über dessen Entstehungsprozess. Im Interview mit Paweł Kamiński skizziert Martin Pollack außerhalb der Lager stattgefundene Massenvernichtungen, die er als ‚kontaminierte Landschaften‘ bezeichnet. Éva Kovács analysiert im Interview mit Jutta Fuchshuber die Veränderungen der Geschichts- und Erinnerungspolitik mit Beginn der Fidesz-Regierung in Ungarn. Am Beispiel des umstrittenen Denkmals der deutschen Besetzung in Budapest spricht sie trotz des rigiden Vorgehens der ungarischen Regierung über Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Interventionen.

In eigener Sache berichten wir, dass seit Herbst 2014 ein neuer Obmann dem Verein *GEDENKDIENTST* vorsteht. Matthias Heyl blickt humoristisch auf die langjährige Tätigkeit von Adalbert Wagner zurück. Paul Kuglitsch stellt den neuen Obmann, Michael Spiegl, vor und wirft einen Blick auf seine Person sowie seine Tätigkeiten im Verein. In *Post aus...* berichtet Ari Marhali von seiner Arbeit und Erfahrungen in *Yad Vashem* (Jerusalem). Wie gewohnt finden Sie auf den letzten Seiten die Rezensionen und Ankündigungen.

Viel Freude beim Lesen wünschen

Jutta Fuchshuber und Sarah Knoll,
Chefredakteurinnen *GEDENKDIENTST*

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

deutung sowie die Angemessenheit hinsichtlich den Erfordernissen an einen Gedenkort): die politische Bedeutung des Ortes für das österreichische Militär verschiedener historischer Epochen und die Nähe vor allem zu ‚Heldendenkmal‘ und Weiheraum.

Nach der Prüfung von zunächst dreizehn in Frage kommenden Orten erfolgte im Frühjahr 2012 die Reduktion auf fünf (Heldenplatz, Ballhausplatz, Julius-Rabab-Platz, Grete Rehor Park, Rossauer Lände), später auf drei (Heldenplatz, Ballhausplatz, Grete Rehor Park). Obwohl schon im Frühjahr 2012 alle Fakten auf dem Tisch lagen und aufgrund der inhaltlichen Argumente fast alles für den Ballhausplatz sprach, schien der Entscheidungsprozess ins Stocken geraten zu sein. Erst im Oktober sah sich das Stadtratsbüro offenbar gedrängt, dem Ballhausplatz zuzustimmen. Mit Entscheidend dürfte dabei das intensive Lobbying des Personenkomitees mit Unterstützung der Wiener sowie der Bundes-Grünen gewesen sein, sekundiert durch die Medien. Hier zeichnete sich bald eine breite Allianz unterschiedlicher AkteurInnen für den Ballhausplatz ab.¹⁰ Wichtig war in diesem Zusammenhang wohl auch der große Empfang für Richard Wadani, Ehrenobmann des Personenkomitees, anlässlich seines 90. Geburtstages im Wiener Rathaus. Bürgermeister Häupl verneigte sich auf der Veranstaltung vor dessen Lebensleistung und sendete so ein wichtiges Signal hinsichtlich des vom Personenkomitee stark vertretenen Standorts am Ballhausplatz.

Ein weiterer wichtiger Baustein dürfte auch die Anmeldung der alljährlichen Gedenkveranstaltung des Personenkomitees (seit 2002 auf dem ehemaligen Gelände des Militärschießplatzes in Wien-Kagran) am 26. Oktober 2012 am Ballhausplatz gewesen sein. Sie trug die Unterschrift des damaligen Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Clemens Jabloner, der Direktorin der *Akademie der Bildenden Künste*, Eva Blimlinger, des langjährigen SP-Abgeordneten zum Nationalrat und zum EU-Parlament Albrecht Konecny, des ehemaligen Bundesprechers der Grünen Alexander Van der Bellen sowie von Johannes Jarolim, Justizsprecher der SP im Nationalrat. Zwar erfolgte eine Absage, offiziell aufgrund der Platznot am Tag der Leistungsschau des Bundesheeres, die Anfrage dürfte den EntscheidungsträgerInnen jedoch deutlich gemacht haben, wie breit und auch wie namhaft die Unterstützung für den Ballhausplatz geworden war.¹¹

Ein X am Ballhausplatz

Nach der Verkündung des Standortes durch Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny und Grünen-Klubchef David Ellensohn, der sich auf Seiten des kleineren Koalitionspartners an erster Stelle für das Denkmalprojekt eingesetzt hatte, organisierte die städtische KÖR (*Kunst im öffentlichen Raum*) einen KünstlerInnenwettbewerb. Trotz eines vergleichsweise kleinen Gesamtbudgets von 295.000 Euro konnte schließlich das wohl beste Projekt umgesetzt werden. Der X-förmige Sockel des Berliner Künstlers Olaf Nicolai, auf dem der Schriftzug *All Alone* aufgebracht wurde, überzeugte sowohl durch seine klare Formensprache als auch durch die inhaltliche Botschaft, die die existenzielle Situation der

Deserteure (nicht nur) des Zweiten Weltkrieges auf den Punkt brachte (siehe Abbildung).

Trotz der auf den Weg gebrachten historischen Forschungen und Publikationen der letzten eineinhalb Jahrzehnte bleibt noch viel zu tun. So steht eine umfassende Darstellung des Denkmalsprozesses ebenso aus wie eine grundlegende historisch-politische Auseinandersetzung mit dem Gedenken an ungehorsame Soldaten nach Kriegsende. Zudem wird es im Laufe der nächsten Monate darauf ankommen, PassantInnen und Interessierten das Denkmal nahe zu bringen. Wichtig sind die historischen Zusammenhänge: Woran wird erinnert? Warum steht das Denkmal an dem Standort? Eine Homepage (www.deserteursdenkmal.at) ist bereits online, weitere umfassende Maßnahmen zur Vermittlung, Forschung und Dokumentation werden im Laufe der nächsten zwei bis drei Jahren folgen.

Magnus Koch

Historiker und Ausstellungsmacher; hat das Denkmalprojekt am Ballhausplatz im Auftrag der Stadt Wien inhaltlich-wissenschaftlich beraten.

1 Vgl. Maria Fritsche, *Entziehungen. Österreichische Deserteure und Selbstverstümmelter in der Deutschen Wehrmacht*, Wien 2004, 25.

2 Daneben waren mit Beiträgen vertreten: Der Wehrmachtsdeserteur und Ehrenobmann des Personenkomitees *Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz* Richard Wadani, der Klubchef der Wiener Grünen David Ellensohn, Walter Manoschek, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien, die Autorin Kathrin Röggl sowie für die *Kunst im öffentlichen Raum GmbH* (KÖR) deren Geschäftsführerin Martina Taig.

3 Vgl. ausführliche Dokumentation unter www.pk-deserteure.at/wordpress/category/presse/ (20.11.2014).

4 Erste vereinzelte Berichte zumeist über Deserteure finden sich bereits in den 1980er Jahren. Vgl. u.a. Meinrad Pichler, *Widerstand und Widersetzlichkeit in der Wehrmacht*, in: Johann-August-Malin-Gesellschaft, Hg., *Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1939-1945*, Bregenz 1985, 143-152. Weiterführende Debatten blieben allerdings aus.

5 Vgl. Walter Manoschek, *Österreichische Opfer der NS-Militärjustiz. Auf dem langen Weg zur Rehabilitation*, in: Thomas Geldmacher u.a., Hg., *„Da machen wir nicht mehr mit“*. Österreichische Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht, Wien 2010, 31-49. Bzgl. der unmittelbaren Vorgeschichte des 2009er Gesetzes: Hannes Metzler, *Folgen einer Ausstellung. Die Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure in Österreich*, in: Ebd., 50-62.

6 Vgl. www.malmoe.org/preview/artikel/widersprechen/1107/1 (20.11.2014).

7 Vgl. Harald Waiser, *Die Krypta am Heldenplatz – ein Ort staatlicher Peinlichkeit*, in: *Die Presse* vom 30. April 2013.

8 Ausführlich zu den inhaltlichen Argumenten für den Standort Ballhausplatz: Vgl. Magnus Koch, *Deserteure vor dem Kanzleramt*, in: *Zeitung GEDENKDIENTST* 1/2013, 4.

9 Hier sind vor allem die vielen am Entscheidungsprozess beteiligten Anlieger und Institutionen zu nennen, die dem Denkmalprojekt wohl nicht alle mit Sympathie begegnet wären. Vgl. demgegenüber den ungemein raschen Entscheidungsprozess beim Denkmal der Exekutive, nachzulesen in: Kuratorium *Sicheres Österreich*, Hg., *Gedenkbuch der österreichischen Gendarmerie und Polizei*, anlässlich der Enthüllung und Segnung des Denkmals der österreichischen Sicherheitsexekutive auf dem Wiener Heldenplatz am 3. Juni 2002, Wien 2002.

10 Vgl. Richard Wadani, *Ich glaube, die wollen kein Denkmal*, in: *Standard* vom 30. September 2012; Peter Daser, *Standortsuche für das Deserteursdenkmal*, in: *Radio Ö1* vom 28. September 2012.

11 Vgl. dazu auch die Wortspendekampagne auf der Homepage des Personenkomitees unter www.pk-deserteure.at.

Die Geschichten auf den Tisch legen

Ein Gespräch mit Martin Pollack über sein 2014 erschienenes Buch *Kontaminierte Landschaften*

Kamiński: Auschwitz steht symbolisch für die Orte der Vernichtung, die Orte des Terrors in Europa des 20. Jahrhunderts. Seit einigen Jahren verzeichnet die dortige Gedenkstätte rekordhohe Besucherinnenzahlen, 2011 waren es beispielsweise über 1,4 Millionen. In Ihrem neuen Buch wenden Sie sich anderen Orten zu, und richten unsere Aufmerksamkeit auf die etwas alltäglicheren Räume. Vielleicht könnten Sie den Titel des Buches und zugleich den Schlüsselbegriff ‚Kontaminierte Landschaften‘ erläutern?

Pollack: Den Begriff ‚kontaminierte Landschaften‘ habe ich geschaffen, es ist kein wissenschaftlicher Begriff. Mir geht es um Orte, die nicht die bekannten Stätten der Massenvernichtung, wie Auschwitz oder Treblinka, sind. In den überwiegenden Fällen ist das Töten nicht in geschlossenen Lagern passiert, sondern irgendwo in der Landschaft. Überall in Europa finden wir solche Orte oder Landschaften, in denen massenhaft getötet wurde. Interessant fand ich, dass man in vielen Fällen versucht hat, diese Orte wieder in einen ursprünglichen Zustand zurückzusetzen. Das ist sowohl in Katyń passiert – da sind wir weg vom Holocaust und beim Stalinismus – als auch in vielen anderen Orten, etwa im deutschen Vernichtungslager Belzec. Die Täter haben versucht, eine unschuldige Landschaft zu erzeugen. Wir reisen oft durch diese Gegenden und dabei ist uns überhaupt nicht bewusst, dass wir hier mitten in einer Landschaft des Massenmordes stehen. Aus diesem Grund bin ich auf den Begriff ‚kontaminierte Landschaften‘ gekommen.

Kamiński: Können Sie sich erinnern, wann Sie diese Perspektive gewonnen haben? In einer bestimmten Situation oder eher im Rechercheprozess?

Pollack: Das war eine langsame Entwicklung, die auch mit meiner eigenen Biografie zusammenhängt. Ich beschäftige mich eigentlich bewusst nur mit Orten, die ich aus der eigenen Erfahrung kenne. Und so ist langsam ein Gefühl dafür entstanden, wie wir uns mit Orten wie Auschwitz auseinandersetzen. Es ist ein geschlossener Ort, zu dem man hinfahren kann. Dort ist dann ein umzäuntes Lager und da wissen wir: Hier ist es passiert. Für mich war es aber interessant, mir diese anderen Landschaften anzu-

schauen. Darüber hinaus habe ich durch Zufälle immer wieder erfahren, dass diese Orte, die mit meiner Biografie und der Biografie meiner Familie zu tun haben, gleichzeitig auch ‚kontaminierte Landschaften‘ sind.

Welche Orte wären das?

Ich war sehr eng mit meinem Großvater verbunden, der in Kočevje (Gottschee), also im heutigen Slowenien, als Rechtsanwalt tätig war. Er war ein begeisterter Jäger und hat eine Jagdhütte besessen. Viele Jahre später habe ich mich auf die Suche nach dieser Jagdhütte gemacht. Mein Großvater war ein sehr überzeugter Nazi, und ich bin genau an dem Ort, wo die Hütte einmal stand – sie existiert nicht mehr – auf Massengräber gestoßen. Sie haben mit meinem Großvater eigentlich nichts zu tun, das waren Morde von jugoslawischen Partisanen. Aber genau an diesem Ort stand die Hütte des Großvaters. Ein anderer Ort wäre etwa die Gemeinde Rechnitz, die ganz in der Nähe meines heutigen Wohnortes im Südburgenland ist. Elfriede Jelinek hat ein Stück über Rechnitz geschrieben. Hier geht es um ein Verbrechen an ungarischen Juden und Jüdinnen, dass Österreicher 1945 begangen haben. Sie wurden erschossen und verscharrt, bis heute wurde das Grab nicht gefunden. Dort waren die Täter insofern erfolgreich, als sie die Leichen wirklich zum Verschwinden gebracht haben.

In Ihrem Buch stellen Sie öfters die Frage danach, wie es den Menschen geht, die an diesen Orten heute leben: Welchen Umgang haben sie damit? Wie ist es überhaupt möglich, diese Räume noch mal zu alltäglichen Lebensräumen zu gestalten? Was sind die möglichen Antworten? Was haben Sie beobachtet?

Auf der einen Seite ist das verständlich: Kein Mensch lebt gerne auf einem Friedhof, um das mal so auszudrücken. Niemand möchte in einem Haus wohnen, in dem sieben Menschen umgebracht wurden. Ähnlich ist es natürlich mit Landschaften, mit Örtlichkeiten: Wenn ForscherInnen oder HistorikerInnen in ein ukrainisches Dorf kommen, um ein jüdisches Massengrab zu suchen, stehen sie plötzlich vor dem Garten eines Bauern und dieser sagt: Um Gottes Willen, hier wachsen meine Tomaten, Kraut, Zwiebel, mein Knoblauch. Ich will nicht, dass hier irgendjemand zu graben beginnt, um tote

Juden und Jüdinnen zu Tage zu fördern. Etwas ganz ähnliches finden wir natürlich auch in Oświęcim. Auch Oświęcim ist, wenn man so will, eine völlig normale Stadt. Ich habe viel mit Menschen vor Ort gesprochen, die natürlich nicht glücklich darüber sind, dass sie in einer Stadt wohnen, die international als Ort des Grauens und des massenhaften Mordes bekannt ist. Man kann die Stadt aber nicht völlig entvölkern deswegen. Wir müssen also auch immer damit leben, dass wir in uns in solchen Landschaften zu Hause fühlen müssen. Das ist wahnsinnig schwer. Aber wir müssen uns bewusst darüber sein, wo wir wohnen und offen darüber reden.

In Ihrem Buch versuchen Sie eine Art Erinnerungsprojekt zu initiieren, welches vorerst rein intellektueller Natur wäre, aus Landkarten bestehen und die unbekannte Vernichtungsorte sichtbar machen würde. Wie stellen Sie sich das vor? Eher etwas zentral organisiert oder eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Projekten? Haben Sie von solchen Initiativen oder Projektansätzen gehört, die bereits stattfinden?

Im Prinzip war das nur ein Vorschlag. Aber es gibt solche Projekte, beispielsweise die *Topographie des Terrors*, das ist keine Erfindung von mir. Ich stelle mir vor, dass man gemeinsam versucht diese Gegenden zu verorten und in Karten einzuzichnen. Ob dann wirklich ein ‚Atlas der kontaminierten Landschaften‘ daraus hervorgehen soll, weiß ich nicht. Darüber habe ich mir jetzt noch nicht den Kopf zerbrochen. Ich finde es nur bemerkenswert, dass man auch in Österreich heute noch sehr oft überhaupt nicht weiß, wo solche Orte liegen. In der Regel sind die Menschen, die dort leben, nicht sehr glücklich darüber, wenn man sie darauf hinweist, auch die Behörden sind nicht besonders daran interessiert. Ich habe aber etwa in Polen ein sehr berührendes Beispiel gefunden, wie man mit der Geschichte umgehen kann: In den Beskiden, wo meine Verlegerin Monika Sznajderman wohnt, gibt es verschwundene Dörfer. Das sind ukrainische Dörfer, die ausgesiedelt und dem Erdboden gleich gemacht wurden. Wenn man heute durch diese Landschaft geht, steht da plötzlich eine Tür mit einem Schild mit dem Namen des Dorfes und der Anzahl der damaligen Bevölkerung darauf. Das ist eine bescheidene Art der Erinnerung oder des

Umgangs mit dieser Geschichte. Das kostet nicht viel, aber bedeutet, dass man sich dessen stellt und sichtbar macht, dass hier etwas passiert ist. Darum geht es mir. Dass Dinge nicht in Vergessenheit geraten, dass Opfer ihre Geschichte zurückbekommen, ihre Namen. So werden sie aus dieser Anonymität der großen Zahl herausgeholt.

Sie sprechen eine interessante Frage an: Müsste nicht jedes Erinnerungsprojekt auch die Geschichte vor dem mörderischen Ereignis, das Leben davor, dokumentieren?

Natürlich. Es geht immer darum, dass man die Geschichte der Menschen erzählt, nicht nur das schreckliche Ende. Ich erzähle in diesem Buch beispielsweise von einem Opfer meines Vaters in der Slowakei. Diese Familie ist selbst dann noch anonym geblieben, als man sie exhumiert hat. Niemand hat diese Familie gekannt. Und dann bekam ich vor zwei Jahren einen Brief aus Prag, in dem mir eine Dame schrieb, dass diese anonyme Familie die Familie ihres Onkels, Jenő Kohn, ist. Er war Apotheker in Banska Bystrica. Sie hat mir ein Foto von Jenő Kohn geschickt und plötzlich bekam diese anonyme Familie Gesichter, zumindest eine Person. Ich habe mir vorgenommen, die Geschichte Jenő Kohns näher zu recherchieren, und zwar nicht nur die tragischen Umstände seines Todes. Sondern: Wer war dieser Jenő Kohn und was hat er gemacht? Was war das für ein Mensch? Ich habe auch eine längere Reportage geschrieben, über den Ort in dem ich wohne, im Südburgenland, wo ich zufällig auf das Grab von zwei Polen gestoßen bin. Die liegen nicht anonym dort, da weiß man die Namen und auch die Geburtsdaten, aber sonst ist jede Erinnerung erloschen. Man weiß nicht mehr, wer sie waren. Ich habe mich dann bemüht und ein wenig herumgefragt. Plötzlich sind Menschen gekommen und haben mir Fotos der beiden Burschen gebracht. Die waren ganz jung. Der eine ist an seinem achtzehnten Geburtstag erschossen worden. Das waren lustige Burschen, die hatten Erfolg bei den Mädchen und waren beliebt im Ort. Zu diesem Grab gibt es jetzt auch Gesichter. Es gibt ein Foto von dem einem Burschen, mit einem Mädchen, offenbar war auch sie Polin. Jetzt sind die beiden dem Vergessen entrissen.

Vor Jahren habe ich eine Lesung in Polen gemacht. Einmal kam eine Dame

auf mich zu und sagte mir, dass einer dieser beiden Polen ein Verwandter von ihr sei. Sie ist extra dorthin gekommen, weil sie gehört hat, dass ich dort lese. Sie war sehr froh darüber, dass diese Geschichte jetzt erzählt wird. Wir können diese Menschen nicht mehr lebendig machen – die sind von sowjetischen Soldaten erschossen worden, und ich weiß noch immer nicht, warum – aber es geht darum, dass wir die Geschichten erzählen, ohne irgendjemanden anzuklagen, ohne große Verbitterung.

Immer, wenn es grenzübergreifende Ideen für Erinnerungsprojekte gibt, entstehen sehr schnell Diskussionen, die Spaltung verläuft zwischen den sogenannten Täter- und Opferländern. Die Vertreter der Letzteren, die post-kommunistischen Länder, möchten ihren Sieg bzw. ihre Opfer feiern. Sie wollen andere Bezüge, als diejenige, die von deutschen und österreichischen Historikern und Autoren vorgeschlagen werden. Wie ist es Ihnen damit gegangen? Hatten Sie als Österreicher da jemals Bedenken?

Alle meine Bücher sind auch in Polen erschienen und es gab nie diese Diskussion. Gerade in Polen hatte ich nie Probleme, da ich immer versuche, die Dinge auseinander zu halten. Wenn ich etwa die Verbrechen, auch die der Stalinisten oder der Tito-Partisanen erwähne, bedeutet das für mich überhaupt nicht, dass ich irgendetwas relativiere, und so die deutschen Verbrechen kleiner machen möchte. Wir können einander nur die Geschichten erzählen. Und ich versuche jede Geschichte zu erzählen, ganz egal wer die Täter waren, wer die Opfer waren. Ich bin überhaupt nicht besorgt, wenn man mir vorwirft, dass man kommunistische Verbrechen nicht mit deutschen Verbrechen vergleichen darf. Mir geht es nicht darum zu vergleichen, beide müssen erwähnt werden. Dazu noch ein Beispiel: 1986 habe ich in Wien ein Symposium über Mitteleuropa organisiert. In einem von mir vorgeschlagenen Panel, habe ich Ota Filip, einen tschechischen Autor, darum gebeten über die Vertreibung der Sudetendeutschen zu sprechen. Er war sehr angetan davon als Tscheche. Ich habe das so vorgelegt, es wurde aber von der Wiener Kulturstadträtin, einer guten Bekannten von mir, abgelehnt. Man hat gesagt, dass man über die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht sprechen mag. Das war damals so.

Wir haben diese Verbrechen einfach nicht erwähnt. Vor zwei oder drei Jahren hat mich ein tschechischer Verlag, ausgerechnet aus Brno (Brünn), gebeten, einen Essay zu schreiben, über den Todesmarsch von Brünn. Da habe ich mir gedacht: Wunderbar es hat sich etwas geändert. Das wäre vor 20, 30 Jahren völlig undenkbar gewesen. Das erreichen wir nur wenn wir ganz offen miteinander reden, ohne Ängste und Befürchtungen, ohne etwas zu relativieren oder aufzurechnen. Ganz wichtig: nie aufrechnen, alles erzählen und alle Geschichten auf den Tisch legen.

Das Gespräch führte Paweł Kamiński im Herbst 2014.

Paweł Kamiński

Medienpädagoge und Journalist, seit 2007 lebt er in Wien und arbeitet bei ORANGE 94.0 Freies Radio Wien.

Martin Pollack wurde 1944 in Oberösterreich geboren. Studium der Slawistik und osteuropäischen Geschichte. Von 1987 bis 1998 war er Redakteur für die Zeitschrift *Der Spiegel* in Wien und Warschau. Seit 1998 ist er freier Autor. Zurzeit lebt er in Wien und im Südburgenland. 2014 erschien sein Buch *Kontaminierte Landschaften* im Residenz Verlag.

Martin Pollack
KONTAMINIERTES
LANDSCHAFTEN

Die Gräber sollen unsichtbar werden, in der Landschaft verschwinden, um die namenlosen Opfer für immer aus der Welt zu schaffen: ohne Leiche kein Verbrechen und ohne Verbrechen keine Anklage.

Das Denkmal der deutschen Besatzung in Budapest und zivilgesellschaftliche Interventionen

Auseinandersetzung um ungarische Geschichtspolitik zwischen Trianon, Horthy und Holocaust

In Ungarn lassen sich seit der Fidesz-Regierung Veränderungen in der Geschichts- und Erinnerungspolitik erkennen. Die Soziologin Éva Kovács analysiert in diesem Interview nicht nur die Konstruktion von Geschichtsbildern durch die Regierung, sondern berichtet auch über die Thematisierung vernachlässigter Perspektiven zivilgesellschaftlicher Projekte.

GEDENKDIENTST: Wenn man die Statements der aktuellen Fidesz-Regierung von Viktor Orbán verfolgt, scheint Geschichte ein wichtiges Mittel der Politik zu sein. Ist ihrer Ansicht nach ein Wandel dieser Erinnerungspolitik im Vergleich zur ersten Orbán-Regierung von 1998 bis 2002 festzustellen?

Kovács: Ja, so ein Wandel ist zu konstatieren. Von Anfang an war es der Orbán-Regierung und auch den Konservativen wichtig, Geschichte zur Stärkung einer sozialen und nationalen Identität zu instrumentalisieren. In der ersten Regierungsperiode beruhte diese Identitätsbildung jedoch deutlich stärker auf der Symbolik des nationalen Heldentums und des *Golden age* [gemeint ist das 19. Jahrhundert in Ungarn, Anm. d. Red.]. Auch wurde die Erinnerung an das Horthy-Regime in der Zwischenkriegszeit wiederbelebt und es entstand eine regelrechte Horthy-Nostalgie. Auf den offiziellen Millenniumsfeiern (2000) wurde die Bedeutung der tausendjährigen christlichen Geschichte Ungarns hervorgehoben und rückte somit in den Vordergrund. So wurde die Stephanskrone des ehemaligen Königsreichs Ungarn vom Ungarischen Nationalmuseum [*Magyar Nemzeti Múzeum*, Anm. d. Red.] in den Kuppelraum des ungarischen Parlaments gebracht und wird seither dort verwahrt. Ich halte es für eine gefährliche Entwicklung, aber im Vergleich zu heute war die Selbstviktimsierung weniger ausgeprägt und die Opferrolle Ungarns wurde nicht so stark betont. Mit der Eröffnung des *Haus des Terrors* [*Terror Háza Múzeum*, Anm. d. Red.] 2002 begann die Institutionalisierung/Musealisierung der doppelten Opferrolle: Ungarn wird sowohl als Opfer des National-

sozialismus, als auch des Kommunismus stilisiert. Damals stand der Versuch im Vordergrund, ein Branding zu finden, mit dem die Regierung versuchte, sich mittels dieser tausendjährigen christlichen Geschichte als europäischer Staat zu präsentieren.

GEDENKDIENTST: Welche neuen Momente sind nun mit der seit 2010 im Amt befindlichen Orbán-Regierung hinzugekommen? Hat sich dieser Bezug auf die Vergangenheit geändert?

Kovács: In der zweiten Periode der Orbán-Regierung 2010–2014 gab es einige einschneidende Zäsuren. Es wurde das ungarische Grundgesetz erlassen und der Fokus der Identitätsbildung wurde auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts, vor allem auf die Zwischenkriegszeit und den Friedensvertrag von Trianon, gelegt. Ab 1990 wurde Trianon in rechtsradikalen Kreisen sehr laut als Propagandamittel verwendet; die Regierung spielte diese Karte nur sehr vorsichtig aus. Der Bezugspunkt veränderte sich nach 2010 insofern, als Trianon nicht mehr nur von den Rechtsradikalen thematisiert wurde, sondern in den Mainstream der Geschichtspolitik rückte. Die geschichtlichen Bezüge wurden als Dreieck konstruiert, indem Ungarn als Opfer des Nationalsozialismus, der Pariser Friedensverträge und des Kommunismus fungiert. Interessant ist, dass die Kombination von Antidemokratismus und Antisemitismus, gegen westliche Länder gerichtete Ideologie oder die skeptische Attitüde dem Modernismus gegenüber bis zu diesem Zeitpunkt nur von der Horthy-Regierung vertreten wurde. Jetzt wird diese Kombination in Schlagwörtern und Slogans, aber auch die Materialisierung der Ideologie, die man an Denkmälern sieht, sichtbar. Früher war dies nur in der Zwischenkriegszeit präsent – in der sogenannten revisionistischen Propaganda. Die aktuelle Regierung spielt mit diesen Elementen und dies zeigt sich auch in Ritualen oder auch in der politischen Positionierung der Persönlichkeit Orbáns. Orbán würde gerne seinen Amtssitz in den Burgpalast in Budapest verlegen. All dies zeigt, dass das Horthy-Regime sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft eine große Attraktivität hat.

Sehen Sie einen Unterschied in der Vertiefung der Horthy-Nostalgie, die ganz bewusst geschaffen und als Propagandamittel eingesetzt wurde?

Ja, und dass sich ein komplexeres Wertesystem entwickelt hat. In der ersten Orbán-Regierung wurden einzelne Begriffe wiederverwendet, um einen Platz im politischen Spektrum zu besetzen. Und jetzt ist es ein ideologisches System, das sich auf die Zwischenkriegszeit stützt. Es

Denkmal der deutschen Besatzung in Budapest nach der Enthüllung im Juli 2014



ist interessant, dass dieses System in der Zwischenkriegszeit schon so ausgebaut wurde, dass es sehr leicht ist, es wieder aufzunehmen und zu reaktualisieren. In diesem Sinn ist es eine Art von Recycling, das aber sehr erfolgreich ist – auch wenn es sich um eine sehr überholte und gar nicht zeitgenössische Sprache handelt.

2014 wurde in vielen europäischen Staaten als Gedenkjahr begangen. Was wurde in Ungarn geschichtspolitisch im Zusammenhang mit dem Erstem Weltkrieg thematisiert?

Im Gedenkjahr 2014 wurde in Ungarn der Beginn des Ersten Weltkriegs kaum thematisiert. Es gab zwar interessante Tagungen, aber keine Re-Kanonisierung der historischen und ästhetischen bekannten Repräsentationen des Ersten Weltkriegs. 2014 war in Ungarn das 70. Gedenkjahr des Holocaust. Dieses Jahr – wie man es in den österreichischen Medien regelmäßig folgen konnte – war voll mit politischen Skandalen und peinlichen Diskussionen über die Rolle Ungarns in den Deportationen und der Vernichtung der ungarischen Juden. Endlich, trotz aller Diskussion ist nicht sehr viel geschehen: das geplante *Haus des Schicksals* ist immer noch nicht umgesetzt und das Besatzungsdenkmal wurde nie offiziell enthüllt.

Wie wurde über den Holocaust gesprochen? Können Sie hier Verschiebungen feststellen?

Was für mich in diesem Jahr sehr interessant und trotz allen schmerzhaften Kontroversen sehr faszinierend war, dass es noch immer eine Art kommunikatives Gedächtnis gibt, nämlich in der zweiten oder dritten Generation der Überlebenden. Sie wurden aufgrund der heftigen Diskussionen über den Holocaust reaktiviert. Es gibt zum Beispiel eine Facebook-Gruppe mit dem Namen *A Holokauszt és a családom* (*Holocaust und meine Familie*, <https://www.facebook.com/groups/holokauszt.csaladom/>). Seit einem Jahr schreiben hunderte von Personen die Geschichten ihrer Familien und illustrieren

diese mit Bildern. Im Sommer gab es sogar Theateraufführungen, die sich darauf bezogen. Als Soziologin ist es für mich sehr spannend, dass Familien, in denen nie über den Holocaust gesprochen wurde, Facebook und Social Media als Kommunikationsformen nutzen, in denen sie sich erinnern können. Dort finden sie auch parallele Geschichten von Bekannten oder Verwandten. Das finde ich sehr interessant, da das eine echte Erinnerungsperformance ist.

Hat sich diese Auseinandersetzung über soziale Medien auch in den öffentlichen Raum vor allem in Budapest übertragen?

Ja, am Szabadság tér (Platz der Freiheit) wurde neben dem und gegen das Besatzungsdenkmal ein informelles Gedenkmal *Eleven emlékmű* (Lebendiges Denkmal) errichtet. MitbürgerInnen brachten kleine Objekte mit, mit denen sie an den Holocaust erinnert haben. Es werden seit einem Jahr regelmäßig eine Art Performance oder Diskussionen veranstaltet. Bis heute gibt es wöchentliche Diskussionsabende. Es ist eine aktive Erinnerungsform, die ganz friedlich ist. Ich denke, wir haben dadurch ein aktives Denkmal in Szabadság Platz, durch das etwas kommuniziert wird und es eine Authentizität gibt, mit der die Beteiligten an etwas erinnern möchten.

Gibt es weitere Beispiele, in denen Social Media eine so wichtige Rolle für Erinnerungskultur spielen?

Eine andere sehr wichtige zivilgesellschaftliche Intervention war die *Csillagos házak 1944–2014* (*Gelbe-Sterne-Häuser 1914–2014*, <http://www.yellowstarhouses.org>). Ursprünglich gab es die 100-éves-házak-Initiative (100-jährigen Häuser), in der das *Open Society Archive* die Budapester BewohnerInnen sensibilisieren wollte. Also hat man mit den heutigen BewohnerInnen eine sogenannte *100-Jahre-Zeremonie* veranstaltet, bei denen der 100-jährige Geburtstag eines Hauses gefeiert wurde. Dieses Projekt wurde wei-

Éva Kovács, 1964 geboren, ist Soziologin, Leiterin des Lehrstuhls für Methodologie und Forschungsgeschichte am Institut für Soziologie an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, seit 2012 Forschungskoodinatorin am Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI); ihre Forschungsschwerpunkte sind: Geschichte des Holocaust in Osteuropa, Gedächtnis- und Erinnerungsforschung, jüdische Identität in Ungarn und der Slowakei.

Kurz vor dem Beginn des Gedenkjahres 2014 entschied sich die ungarische Regierung, ein Denkmal in Budapest zu errichten, das an die deutsche Besetzung Ungarns durch das Deutsche Reich 1944–1945 erinnern soll. Der Entwurf des Mahnmals sah einen deutschen Reichsadler vor, der sich auf den symbolisiert Erzengel Gabriel stürzt. Auf den Säulen wird allen Opfer des Nationalsozialismus – also sowohl den ermordeten Juden und Jüdinnen als auch den gefallenen Soldaten – in englischer, deutscher, russischer und hebräischer Sprache gedacht. Oppositionelle Parteien, der Verband der jüdischen Gemeinden in Ungarn und auch ungarische HistorikerInnen protestierten gegen dieses Denkmal. Es handle sich um eine Geschichtsfälschung, in dem an die nationale Viktimisierung angeknüpft und jede Mitverantwortung Ungarns am Holocaust geleugnet wird. Trotz aller Kritik und den massiven Protesten begann die Orbán-Regierung im April 2014, kurz nach ihrer Wiederwahl, mit dem Bau des Denkmals. Proteste und Demonstrationen hielten an. In der Nacht von 20. auf den 21. Juli 2014 ließ die Orbán-Regierung das Denkmal auf dem Budapester Freiheitsplatz enthüllen, bis jetzt ist es nicht offiziell eingeweiht.

terentwickelt und mit den *Csillagos házak 1944–2014* sollte auf die sogenannten Schutzhäuser der jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1944 und 1945 aufmerksam gemacht werden. Eine Gruppe von AktivistInnen organisierten am 21. Juni 2014, am Tag des Beginns der Ghettoisierung in Budapest, verschiedene erinnerungspolitische Veranstaltungen. Daran haben tausende Menschen mitgewirkt. Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass unabhängig von der Erinnerungspolitik der Orbán-Regierung ein soziales Potential innerhalb der Gesellschaft vorhanden ist.

Das ist mir neu, davon bekommt man zumindest in den deutschsprachigen Medien nicht so viel mit.

Ich erzähle es oft, da diese intime, private und sehr schöne Seite meist nicht wahrgenommen wird – vor allem wenn man kein Ungarisch spricht.

Ist das eine neue Form der Erinnerung?

Ich denke schon, und auch eine neue Form von Zivilgesellschaft.

Kamen, Ihrer Meinung nach, solche neuen Formen von Erinnerung auch aufgrund des Besatzungsdenkmals zustande, bei dem Kritikpunkte weitgehend ignoriert wurden und die Regierung sich durchgesetzt hat?

Ich denke, dass man einerseits von einer neuen Erinnerungsform sprechen kann und andererseits ist es wichtig zu wissen, dass sich auch Kritik gegen das Denkmal artikuliert hat, auch wenn Einwände ignoriert wurden. GegnerInnen des Denkmals haben vor der Errichtung dagegen demonstriert und sie waren auch dort, als es errichtet wurde, und wurden mit der Polizei konfrontiert. Es ist interessant, dass diese offensive Haltung nicht so mobilisierend war, aber Kontinuitäten im sozialen Gedächtnis festzustellen sind. Es hat eine Bühne entwickelt – bei dem lebendigen Denkmal. Es gibt dort künstlerische Ausstellungen, es wird viel über Rechtsradikalismus diskutiert

und es gibt auch literarische Diskussionen, etwa Slam-Poetry. Es entstanden also ganz unterschiedliche Formen der Erinnerung und des politischen Aktivismus.

Es war interessant zu beobachten, dass es Konflikte und öffentliche Auseinandersetzungen gab, die dann aber abflauten und sich still in die jetzige Situation transformieren.

Ja, das stimmt. Die AktivistInnen konnten leider die Gesellschaft nicht mobilisieren und auch leider nichts gegen die Errichtung dieses Denkmals ausrichten, trotzdem bleiben sie hier. Sie haben gemerkt, dass sie zu wenige Personen sind und nur innerhalb ihrer Subkultur Zuspruch fanden. Aber dieses Auseinandersetzen ist wichtig und in einigen Bereichen findet sie bereits statt. Junge SchriftstellerInnen haben vermehrt über historische Themen geschrieben, in denen auch das 20. Jahrhundert thematisiert wurde. Die Publikationen ließen sich durchaus gut verkaufen und über die Themen wurden in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Für mich hat die derzeitige Situation in Ungarn zwei Seiten der Medaille: Einerseits finde ich es furchtbar zu sehen, was sich politische in Ungarn verändert und welche Maßnahmen die Orbán-Regierung setzt, wie etwa mit dem Besatzungsdenkmal. Andererseits merke ich, dass sich die Gesellschaft wandelt und pulsiert.

Wir haben jetzt schon viel über das Denkmal gesprochen. Wo sehen Sie die Kernpunkte der Kritik an diesem? Wieso glauben Sie, dass die Regierung es errichten ließ, obwohl es nicht nur international, sondern auch innerhalb Ungarns Kritik daran gab. Welche Interessen hatte die Regierung, es dennoch durchzusetzen?

Meiner Meinung nach liegt die Antwort in einer von der Orbán-Regierung extremen Auslegung der Horthy-Nostalgie. Orbán war seit längerem auf der Suche nach einem Vorbild aus ungarischen historischen Figuren. Obwohl es in der ungarischen Geschichte auch andere ‚attraktive‘ Persönlichkeiten (von István Bethlen bis Pál Teleki) gab, entschied sich Orbán jedoch für Miklós Horthy.

Im neuen Grundgesetz wird es ganz deutlich, dass sich die Orbán Regierung mit der ungarischen Verantwortung im Holocaust nicht konfrontieren will. Laut dem neuen Grundgesetz hat Ungarn seine Souveränität mit der deutschen Besatzung von 19. März 1944 verloren. Wenn das Grundgesetz anders formuliert worden wäre, dann müsste auch eine ganz neue Diskussion auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene geführt werden: Warum ist Ungarn seit der Zwischenkriegszeit so klein? Was passierte 1920 mit dem Friedensvertrag von Trianon und welche Diskussion gab es bereits davor? Was heißt von Ungarn als Nationalstaat zu sprechen? Was für eine Rolle hat der ungarische Staat nach dem 11. März 1944 in der Deportationen der jüdischen MitbürgerInnen gespielt? Wenn man die Intentionen für das Denkmal historisch identifiziert, so beruft es sich auf einen homogenen und christlich orientierten Nationalstaat, der mit Antisemitismus und Nationalsozialismus nichts zu tun hat. Wenn die Regierung so eine Agenda hat, dann muss dieses Denkmal natürlich verwirklicht werden. Ganz egal, was Angela Merkel oder das internationale Publikum dazu sagt. Wenn die Regierung das Denkmal nicht errichtet hätte,



Projekt *Yellow-Star Houses*

könnte es bedeuten, dass das Grundgesetz falsch ist. Genau hier liegt das Problem: Das Besatzungsdenkmal symbolisiert das Grundgesetz. Meiner Meinung nach war sich die Regierung über die Kritikpunkt bewusst, doch wenn sie es entfernt hätten, wäre eine Diskussion über das Grundgesetz entstanden. Das wäre aber ein deutlicher Geschichtsverlust der Regierung.

Eine abschließende Frage habe ich noch: Wie meinen Sie, wird es unter diesen Bedingungen mit dem Haus des Schicksals weitergehen?

Aus österreichischer Perspektive ist es wichtig zu sehen, dass es in Ungarn eine ziemlich große jüdische Community gibt, die im letzten Jahr politisch sehr aktiv wurde. Betrachtet man die Diskussion über das *Haus des Schicksals*, so zeigt sich, dass die verschiedenen AkteurInnen in

der Diskussion geschichtspolitischer Fragen sehr involviert teilnehmen. Und das macht die Auseinandersetzung spannend und – glücklicherweise – schwer prognostizierbar: Heute sieht es so aus, dass das Gebäude doch nicht als *Haus des Schicksals* eröffnet wird, sondern unter der Kuratierung unter anderem der jüdischen Gemeinde als ein neues Holocaustmuseum verwirklicht wird. Momentan könnte man sich wieder durchaus vorstellen, dass ein völlig neues innovatives Konzept entstehen wird.

Das Interview führte Jutta Fuchshuber im Jänner 2015 unter redaktioneller Mitarbeit von Roman Birke, Lukas Dünser und Regina Fritz.

Am 18. August 2011 verabschiedete das ungarische Parlament, in dem die nationalkonservative Fidesz-Partei mit einer Zweidrittelmehrheit vertreten ist, das neue Grundgesetz. Die bisherige Verfassung stammt aus dem Jahr 1949 und wurde nach der politischen Wende 1989 umfassend revidiert. Die Verfassung gliedert sich in eine Präambel und drei große Abschnitte.

Eingeleitet wird die Präambel *Nationales Bekenntnis* (Nemzeti Hitvallás) mit der ungarischen Nationalhymne „Gott, segne die Ungarn“¹. König Stephan I habe Ungarn „vor tausenden Jahren auf festen Fundamenten errichtet und unsere Heimat zu einem Bestandteil des christlichen Europas“² gemacht. Das ungarische Volk habe „Jahrhunderte hindurch Europa in Kämpfen verteidigt und mit seinen Begabungen und seinem Fleiß die gemeinsamen Werte Europas vermehrt.“³ Es wurde eine tausendjährige Geschichte konstruiert und die Rolle des Christentums hervorgehoben. Des Weiteren werden die wesentlichen Staatsziele festgemacht: Bekenntnis zur Menschenwürde, Frieden, Sicherheit, Ordnung, Wahrheit und Freiheit. Das Grundgesetz spricht sich gegen die Verjährung der Gräueltaten und Verbrechen gegen die Menschheit aus – gemeint sind jene des Nationalsozialismus und des Kommunismus.⁴ Im ersten Abschnitt *Grundlegendes* werden die grundsätzlichen Bestimmungen, wie etwa die Staatsbezeichnung, – diese wurde in Republik Ungarn abgeändert – Staatsform, Gewaltenteilung, Verwaltungsgliederung, Ehe und Familie, das Grundprin-

zip des Wirtschaftsystems und der Haushaltsführung, u.v.m. ausgeführt. Im zweiten Abschnitt *Freiheit und Verantwortung* werden die Grund-, Menschen- und BürgerInnenrechte definiert. Darüber hinaus werden die Pflichten, der in Ungarn lebenden Menschen oder den StaatsbürgerInnen, die Ausgestaltung des Staates, mit dessen drei Gewalten (Legislative, Exekutive, Judikative) sowie die Regelungen für den Not- und Ausnahmezustand festgelegt. In der Verfassung wurde die Heterosexualität als einzige Familienform definiert.⁵ Am 11. März 2013 beschloss das ungarische Parlament eine Novelle des Grundgesetzes, das vor allem die Befugnisse des Verfassungsgerichts beschränkte.

Das Grundgesetz und auch die Novelle wurden sowohl in Ungarn als auch von anderen europäischen Staaten kritisiert. Innenpolitisch wurde bemängelt, dass die Fidesz-Regierung ihre eigene nationalkonservative Ideologie in die Verfassung festschreiben wollte. Bereits im Vorfeld demonstrierten mehrere tausende Menschen in Budapest gegen die neue Verfassung. Weitere Kritikpunkte waren die Reglementierung der Rechte von Minderheiten in Ungarn, die Beschneidung der Befugnisse des Verfassungsgerichts und der Bürgerrechte.

1 Grundgesetz Ungarns vom 25.04.2011. http://www.pestertloyd.net/2012_01/01verfassung/01verfassung.html (09.03.2015).

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Vgl. Ebd.

5 Vgl. Ebd.

Verabschiedung von Adalbert Wagner – ‚Felix Austria‘

Eine Ära ist gerade zu Ende gegangen. Soll man da weinen? Oder lachen? Ich glaube, dass mit dem Weinen verbietet sich. Gut, Adalbert Wagner ist jetzt nicht mehr Obmann des Vereins GEDENKDIENTST. Nachdem er in den letzten Jahren eines der maßgeblichen Gesichter des Vereins gewesen ist, macht er nun andern Platz. Und die Fußstapfen, in die Kommenden treten dürfen, sind groß, sehr groß. Sing zum Abschied leise Servus!¹ Gottlob ist dies ja ein Nachruf zu Lebzeiten, und wir dürfen gewiss sein: der Berti bleibt. Nun nicht Obmann, aber Berti. Wo immer auch. Und das ist gut so!

Berti *revisited*: Der hat sich nie mit Macht in den Vordergrund gedrängt und doch ist es ihm immer wieder gelungen, in besonderer Weise zu strahlen. Gebt ihm eine Bühne und er füllt sie. Nicht als Blender, sondern als ein äußerst charmanter, wortgewandter, bescheidener Redner, ein scharfer Denker und ein fordernder Zuhörer. Mit Substanz. Ein Teamspieler vor dem Herrn, umringt von einem Freundinnen- und Freundeskreis, der ihn umschwärmt, wie Mücken das Licht. Da möchte jede/r Mücke sein. Der Mann hat Groupies (zu denen ich mich gerne zähle) und vereinzelt Neider. Wie kann das auch sein, dass bei ihm extremer Charme und extreme Klugheit so zusammengehen? Felix Austria! Glücklicher GEDENKDIENTST! Strahlender Berti!

In der österreichischen wie in der internationalen Gedenk- und Erinnerungslandschaft ist Berti wer. Neben schon Genanntem bewundere ich auch seine Souveränität, mit der er sich so vertraut und

sicher auf und zwischen wissenschaftlichem und politischem Parkett bewegt, als sei er darauf geboren worden. Ich erinnere mich an eine Tagung im schönen Wien, die mit einem Empfang in einem der Ministerien rund um den Minoritenplatz verbunden war. Bei solchen Gelegenheiten fühle ich mich persönlich in der Regel deplatziert. In einer Ecke traf ich eine liebe Kollegin, der es ähnlich ging. Wir beobachteten das Geschehen mit ‚wissenschaftlicher Distanz‘, sahen: die, die sich in die erste Reihe drängten; andere, die sich dorthin schüchtern wünschten; die BuffettabräumerInnen, die Unbeholfenen und die EckensteherInnen (der Raum hatte ja noch drei weitere); die Wichtigen und die, die so taten, als ob. Und in dem Geschehen, als Solitär: Berti. Mit schlafwandlerischer Sicherheit. Der war einfach Berti. Authentisch! Mit Aura! Nix weiter. Ein guter, ruhender Pol, um den die Erde sich sicher drehte, wenn sie nur wollte. Ihn zu kennen, lässt die Welt auf jeden Fall ein ganzes Stück besser sein. Wer wollte nicht ein bisschen Berti sein? Sag ich doch!

Matthias Heyl

Jg. 1965, Historiker und Erziehungswissenschaftler, leitet die *Internationale Jugendbegegnungsstätte Ravensbrück* und die Pädagogischen Dienste der *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück*.

¹ Der deutsche Autor dieser Lobhudelei bekennt gegenüber der österreichischen LeserInnenschaft: Ich weiß, es heißt im Lied eigentlich *Sag beim Abschied leise Servus*.

Begrüßung von Michael Spiegl

Der Verein GEDENKDIENTST kann nunmehr schon auf eine über zwei Jahrzehnte lange Geschichte zurückblicken. In diesen vielen Jahren musste er sich oftmals neu orientieren und sich zahlreichen großen Herausforderungen stellen. Die vorherigen Obmänner und ihre Teams haben sich diesen Schwierigkeiten gestellt und sie hervorragend bewältigt. Sie haben immer wieder für Innovation gesorgt und sind Risiken eingegangen, um den Verein, seine Interessen und mit dem Anspruch zu positionieren, die historisch-politische sowie erinnerungspolitische Landschaft in Österreich mitzugestalten. Darum wäre es fehl am Platz zu sagen, der neue Obmann, Michael Spiegl, tritt sein Amt an, um neuen Wind in das staubige Vereinsleben zu bringen. Viel eher ist Michael ein weiteres Glied in einer Reihe von jungen, arbeitseifrigen Personen, die sich den vielen Aufgaben des Vereins GEDENKDIENTST mit Elan stellen. Eine Weiterführung der Entsendetätigkeit, sowie einen finanzierten Gedenkdienst für Frauen zu ermöglichen, sind hier als wesentliche Bereiche zu nennen. Andere Arbeitsfelder, wie die Zeitung *GEDENKDIENTST*, die Mittwochstreffen, die Veranstaltungsreihe *Geh denken!*, sind nur wenige der zahlreichen Tätigkeiten die das ganze Team des Vereins (auch außerhalb des Vorstandes) ehrenamtlich mit sich trägt.

Nach dem Gedenkdienst am *Leo Baeck Institute* in New York wurde Michael Spiegl Vorstandsmitglied und brachte sich aktiv in das Vereinsleben ein. Angefangen bei



der Vorbereitung von künftigen Gedenkdienstleistenden bis hin zur Mitwirkung in der Arbeitsgruppe *The Austrian Heritage Collection*, ist Michaels Engagement wohl in allen Bereichen des Vereins kaum weg zu denken. Der neue Obmann, das Vorstandsteam und alle, die den GEDENKDIENTST zu dem machen, was er ist, können also in ein arbeitsreiches und produktives Vereinsjahr blicken.

Zur Person Michael Spiegl: geboren 1993 in Friesach, HBLFA für Gartenbau in Wien, Gedenkdienstleister 2012/2013 am *Leo Baeck Institute* in New York, seit 2013 Vorstandsmitglied und seit Oktober 2014 Obmann des Vereins GEDENKDIENTST.

Paul Kuglitsch

geboren 1994 in Wien, leistete 2012/2013 Gedenkdienst am *United States Holocaust Memorial Museum* in Washington D.C., studiert Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Wien, seit 2014 Vorstandsmitglied des Vereins GEDENKDIENTST.



Post aus... Jerusalem

Jerusalem, Ende Oktober 2014

Du gehst jetzt wirklich nach Israel? Bei der Lage?, das war die Reaktion vieler als ich vor mittlerweile 2,5 Monaten meine Reise in Richtung Jerusalem antrat. Ab ins neue Leben, plötzlich erwachsen im Brennpunkt des Nahostkonflikts. Aber schon nach meinen ersten zwei Wochen vor Ort war mir klar, dass selbstständige Leben tausende Kilometer von Zuhause entfernt ist gar nicht so schwer und das Aufeinanderprallen verschiedenster Kulturen habe ich vor allem als eine ungemeine Bereicherung erlebt. Jeden Tag trifft man neue Menschen mit völlig unterschiedlichen Hintergründen, Meinungen, Narrativen und das in einem Land, das flächenmäßig nicht einmal ein Drittel der Größe Österreichs ausmacht.

An meiner Arbeitsstelle *Yad Vashem* wurde ich sehr herzlich empfangen. Die Gedenkdienstleistenden werden hier geschätzt und genießen großes Ansehen aufgrund ihrer Tätigkeit. Meine KollegInnen und mein Vorgänger führten mich mit großem Engagement in meine Arbeit ein, sodass ich bereits nach wenigen Tagen die ersten selbstständigen Arbeiten übernehmen konnte. Im Laufe der Zeit haben sich meine Tätigkeitsfelder immer wieder erweitert und ich kam in Kontakt mit verschiedenen abwechslungsreichen und interessanten Arbeiten.

Hauptsächlich arbeite ich für jene Archivabteilung, die sich mit deutschsprachigen Dokumenten beschäftigt. Dort bin ich gerade mit dem Projekt *Pinkas Kehilot Austria* beschäftigt. Hier geht es um Dokumente, wie zum Beispiel ZeitzeugInnenberichte, Briefe, Tagebücher, die von dem leider bereits verstorbenen Dr. Herbert Rosenkranz in den 1980er-Jahren für *Yad Vashem* gesammelt wurden. Ziel des Projekts ist es, alle jüdischen Gemeinden in Österreich, die es vor dem Holocaust gab, zu dokumentieren. Meine Tätigkeit umfasst das Zusammenfassen und Katalogisieren der Dokumente in deutscher Sprache in einem System namens *SAPIR*. Damit soll der Grundstein für weitere Forschungen gelegt werden.

Ein anderes Tätigkeitsfeld ist die Arbeit in der Digitalisierungsabteilung, wo ich Originaldokumente für das digitale Archiv fotografiere. Die dritte regelmäßige Tätigkeit ist das Aushelfen im Lesesaal der Forschungsabteilung und Bibliothek, wo es vor allem Überlebenden, Familien von Opfern oder auch WissenschaftlerInnen bei ihren Recherchen behilflich bin und auch kurze Übersetzungsarbeiten durchführen.

Ein weiterer sehr spannender Aspekt an einem Gedenkdienst in *Yad Vashem*, ist die Möglichkeit am Programm der *International School for Holocaust Studies* teilnehmen zu können. Das Programm bietet die Möglichkeit Einblicke und eine Erweiterung des Wissens über verschiedenste Aspekte des Holocaust zu erlangen. Zudem sind Gedenkdienstleistende mit großer Wahrscheinlichkeit bei einem oder mehreren offiziellen Besuchen aus Österreich zugegen und nehmen an deren Programm teil. Ich war beim Staatsbesuch von Sozialminister Rudolf Hundstorfer im November 2014 dabei.

Alles in Allem kann ich sagen, dass meine Zeit als Gedenkdienstleister hier jetzt schon die erfahrungsreichste und spannendste Zeit meines bisherigen Lebens ist und ich den verbleibenden zehn Monaten mit großer Vorfreude entgehe.

Ari Marhali

leistet derzeit Gedenkdienst in *Yad Vashem* in Jerusalem.

vor.gelesen|rezensionen

Heimat/Front. Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkriegs in Österreich-Ungarn

Christa Hämmerle, Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2014



In ihrem 2014 erschienenen Buch beschäftigt sich Christa Hämmerle mit dem Ersten Weltkrieg in Österreich-Ungarn. Die Kategorie Geschlecht steht im Zentrum ihrer Analyse. Dabei geht es ihr sowohl um die Dekonstruktion geschlechtsspezifischer Rollenzuschreibungen als auch um die Hinterfragung der Eindeutigkeit von als weiblich

und männlich konnotierten Räumen. Um die gesellschaftlichen Auswirkungen des Krieges angemessen begreifen zu können, plädiert sie für eine Aufhebung der Dichotomie zwischen ‚Front‘ und ‚Heimat‘.

Das Buch basiert auf bereits von Hämmerle publizierten Beiträgen und ist in sieben Kapitel gegliedert. Anhand des Beispiels des Einsatzes von Krankenschwestern in der Nähe von Kampfschauplätzen verdeutlicht Hämmerle im ersten Kapitel, dass sich die Idee scheinbar getrennter Sphären von Frauen und Männern, ob der veränderten Anforderungen des Krieges, nicht realisieren ließ. Viele Frauen waren durch *frontlinenursing* direkt mit den Auswirkungen moderner Massenkriege konfrontiert. Durch die Analyse von Feldpostbriefen im zweiten Kapitel zeigt Hämmerle weitere Verflechtungen zwischen ‚Front‘ und ‚Heimat‘ auf und diskutiert die durch den Krieg veränderten Verhältnisse zwischen Frauen und Männern. In den drei folgenden Kapiteln beschäftigt sich Hämmerle mit der Bedeutung der Textilarbeit – sowohl bezahlt in Näh- oder Strickstuben als auch unbezahlt in Schulen oder im Haushalt. Dabei wird deutlich, dass Frauenorganisationen, wie die *Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs* oder der *Bund Österreichischer Frauenvereine*, unmittelbar mit Kriegsbeginn versuchten durch Textilarbeiten Unterstützung für das ‚Vaterland‘ zu organisieren und somit zu einem Teil der Kriegsmobilisierung wurden. Abschließend folgen zwei Kapitel, die theoretische Konzepte in den Blick nehmen. Anhand des literarischen Œuvres von Fritz Weber fragt Hämmerle nach hegemonialen Männlichkeitskonstruktionen im Krieg und plädiert dafür, jene historischen Vorstellungen kritisch zu hinterfragen, die von einer Krise der Männlichkeit in der Ersten Republik ausgehen.

Auch wenn den Kapiteln eine gemeinsame Einleitung vorangestellt wurde, hätte der Band von einer besseren Abstimmung der einzelnen Beiträge profitiert. Hin und wieder kommt es zu Wiederholungen (so wird etwa ein Zitat des Schriftstellers Fritz Weber sowohl auf S. 173 als auch S. 183 gleichlautend verwendet) und zum Teil sind Übergänge sehr abrupt. Ebenso hätten gemeinsame einleitende Bemerkungen – etwa zu den drei Kapiteln über Textilarbeit – die nachfolgenden empirischen Untersuchungen besser lesbar gemacht. Eine genauere Diskussion des von Robert/Raewyn Connell eingebrachten Konzepts der hegemonialen Männlichkeit wäre im Kapitel zu Fritz Weber notwendig gewesen – vor allem, da Hämmerle in diesem Buch auf Connell Bezug nimmt, in einer anderen Publikation die Bedeutung seines/ihrer Konzeptes für das Militär der Habsburgermonarchie aber in Frage stellt.¹

Dass diese zentralen Texte der Frauen- und Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs und der Habsburgermonarchie nun in einem Band gesammelt vorliegen, ist dennoch zu begrüßen. Insgesamt konnte Hämmerle mit diesem Buch überzeugend darlegen, welche Erkenntnisse durch geschlechterhistorische Forschungen zum Ersten Weltkrieg gewonnen werden können. Trotz der zum Teil sehr unterschiedlichen Themengebiete und Quellenbestände gelingt

es Hämmerle gut, Einblicke in die jeweiligen Forschungsfelder zu geben und die Relevanz einer nach der Kategorie Geschlecht fragenden Analyse deutlich zu machen. Das ist umso wichtiger als im Gedenkjahr 2014 vor allem jene Werke zum Ersten Weltkrieg breit rezipiert wurden, die sich auf politik- und kriegsgeschichtliche Fragestellungen konzentrierten und somit vor allem männliche Regierungsmitglieder, Diplomaten und Militärs im Mittelpunkt standen. Ihr Buch zeigt jedoch, dass die gesellschaftliche Totalität der Kriegsführung nicht angemessen verstanden werden kann, wenn nicht auch Geschlechterverhältnisse in den Blick genommen werden. Hämmerle trägt durch diese Publikation nicht nur zu einem besseren Verständnis des Ersten Weltkrieges und der Habsburgermonarchie bei, ihre Überlegungen lassen sich durchaus verallgemeinern. Dass ihre Positionen auch für andere kriegerische Auseinandersetzungen eine Rolle spielen, verdeutlicht etwa ein von Walter Richards 1943 gestaltetes amerikanisches Propagandaplakat. Neben dem Aufruf „Housewives! Save wastefatsfor explosives!“ ist eine Frauenhand zu sehen, die übergebliebenes Fett symbolisch auf ein Artilleriegeschöß gießt. Besser kann die von Hämmerle betonte Notwendigkeit einer Aufhebung der Dichotomie von ‚Front‘ und ‚Heimat‘ wohl nicht illustriert werden.

Roman Birke

¹ Vgl. Christa Hämmerle, Zur Relevanz des Connell'schen Konzepts hegemonialer Männlichkeit für „Militär und Männlichkeit/en in der Habsburgermonarchie (1868–1914/1918)“, in: Martin Dinges, Hg., Männer-Macht-Körper. Hegemoniale Männlichkeiten vom Mittelalter bis heute, Frankfurt a. M./New York 2005, 103–121.

Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen

Jan T. Gross, Suhrkamp Verlag, Berlin 2012
Aus dem Polnischen von Friedrich Griese unter Mitarbeit von Ulrich Heiße



Während des Zweiten Weltkriegs retteten über 6.000 Polen und Polinnen unter Einsatz ihres eigenen Lebens ihre von der nationalsozialistischen Besatzungsmacht als Juden bzw. Jüdinnen definierten MitbürgerInnen vor der Ermordung durch die Nazis. Dass nach 1945 eine beträchtliche Anzahl an nicht-jüdischen Polen und Polinnen aufgrund ihrer geleisteten Hilfe die Auszeichnung ‚Gerechte unter den Völkern‘ erhielten, ist eine Tatsache, auf die das offizielle Polen in Hinblick auf seine Rolle während des Krieges so oft wie möglich hinweist. Dass allerdings viele dieser RetterInnen nach Ende des Krieges große Bedenken hatten in der Familie, Nachbarschaft und Gemeinde zu erzählen, dass sie jüdischen MitbürgerInnen geholfen haben, findet jedoch kaum Erwähnung. Aus *Angst* vor den Reaktionen der Umgebung, die bis zur Verfolgung reichen konnten, baten viele RetterInnen sogar jene Menschen, denen sie geholfen hatten, ihre Namen nicht zu veröffentlichen. Der Historiker und Soziologe Jan T. Gross nimmt diesen Umstand als Anlass für seine Studie *Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen*, die 2012 auch erstmals in deutscher Übersetzung erschienen ist. Gross versucht darin die folgenden Fragen zu beantworten: „Warum wurden Polen, die in einer Zeit tödlicher Gefahr ihren jüdischen Nachbarn halfen, nach dem Krieg in ihren Gemeinden zu gesellschaftlichen Außenseitern? Warum sollte ein abgelegenes Dorf, das während des Krieges ein jüdi-

ches Waisenkind gerettet hatte, diesen Umstand ängstlich verbergen? Woher kommt dieser Antisemitismus ‚nach Auschwitz‘ in Polen?“ (S. 19f.).

Am Beginn seines Buches erörtert Gross die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Nachkriegspolen, die es ermöglicht haben, dass mehr als 1.500 Menschen jüdenfeindlichen Ausschreitungen zum Opfer fielen (S. 83). Laut Gross hatten viele Polen und Polinnen in den Nachkriegsjahren *Angst* – so nicht zufällig der Titel der deutschen Ausgabe –, dass ihre jüdischen NachbarInnen, deren Besitz sie sich angeeignet hatten, zurückkehren und ihr Hab und Gut zurückfordern würden. Vor allem in ländlichen Gegenden wurde heimkehrenden Juden und Jüdinnen unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass sie hier nicht länger willkommen seien. Sowohl der Verwaltungsapparat als auch die Justiz stellten sich für deren Anliegen taub. Besonders viel Platz widmet Gross dem wohl bekanntesten Pogrom in Kielce am 4. Juli 1946, an dem er, durch zahlreiche Aussagen von Opfern und Zeugnissen, die Dimension der jüdenfeindlichen Ausschreitungen deutlich macht. Gross vertritt die These, dass sowohl in Kielce als auch bei anderen Pogromen AkteurInnen aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten beteiligt waren. Die katholische Kirche in Polen schwieg zu den Gewalthandlungen und diskreditierte einzelne Geistliche, die ihre hohe gesellschaftliche Akzeptanz zum Gegensteuern gegen den Antisemitismus nutzen wollten. Ausgehend von der in Polen weit verbreiteten und tief verwurzelten Unterstellung, dass Juden und Jüdinnen allesamt AnhängerInnen des Kommunismus seien, untersucht Gross abschließend diesen „Mythos von der Judenkommune und ihren Zusammenhang mit den politischen Praktiken des kommunistischen Regimes in Polen in der unmittelbaren Nachkriegszeit“ (S. 25).

Bezeichnend für dieses Buch sind die vielen AugenzeugInnenberichte und die Schilderung von Einzelschicksalen, an denen Gross stets versucht ‚die große Geschichte‘ zu veranschaulichen. Dieses Vorhaben gelingt ihm nicht vollkommen, da es durch die vielen verschiedenen Personen und Schauplätze oftmals mühsam ist, den Blick auf das Wesentliche zu behalten. Zudem erschweren seine häufigen Verweise auf Beispiele aus den vorherigen Kapiteln das Lesen. Gemäß der Einleitung möchte Gross aber auch, dass die LeserInnen einige Passagen mehrmals lesen müssen, um seine Argumentation vollends zu verstehen.

Dass dieses Buch nach der Erstveröffentlichung 2008 innerhalb der polnischen Medienlandschaft und Bevölkerung für Empörung und Debattensorgte, ist vor dem Hintergrund, dass dadurch die polnische Gesellschaft kollektiv in die Pflicht genommen und an dem gängigen Geschichtsbild gerüttelt wurde, verständlich. Positiv zu vermerken ist aber, dass seither sechs Jahre vergangen sind, in denen begonnen wurde, das Thema zu enttabuisieren und in weiterer Folge die Notwendigkeit erkannt wurde die Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen erzählen zu müssen.

Isabella Riedl

29. Juni bis 1. Juli 2015

Studienfahrt nach Auschwitz und Krakau

Kein namenloses Grauen, eine Kleinstadt in Polen



Nach der Wannsee-Konferenz im Jänner 1942 wurde die polnische Stadt Oświęcim zum Zentrum der Vernichtung der westeuropäischen Jüdinnen und Juden bestimmt.

Für viele Menschen wurde Auschwitz zu einem abstrakten Symbol des Grauens, des absoluten Bösen. Wir möchten uns Auschwitz indes als konkretem historischen Schauplatz annähern und uns intensiv mit der Geschichte des Ortes und der Menschen, die hier waren, auseinandersetzen – den Opfern, aber auch den TäterInnen. Die Studienreise wird genügend Raum für Nachdenken und Diskussion über Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und den Umgang der Zweiten Republik mit dem Nationalsozialismus bieten.

Preis: ca. 300 € pro Person, ermäßigt für SchülerInnen und Studierende, Einzelzimmerzuschlag 15 € pauschal (inkludiert sind Anreise, Abreise, Unterkunft, Verpflegung, sämtliche Eintritte, Begleitung und Organisation).

Anmeldungen unter Angabe von Name, Adresse, Erreichbarkeit, Wunsch nach Einzelzimmer, Zimmer nur mit Frauen und/oder evtl. vegetarischem Essen unter: office@studienfahrten.at

Angehörige gesucht!

Buchprojekt *Ärztinnen und Ärzte in Österreich 1938-1945 – Entrechtung, Vertreibung, Ermordung*

Zentrale Zielsetzung des am *Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte* der Universität Wien durchgeführten Projekts ist die für das Jahr 2017 vorgesehene Publikation eines repräsentativen Gedenkbuchs mit Aufsätzen namhafter WissenschaftlerInnen und den Biografien der einzelnen Betroffenen. Daher wird versucht, möglichst viele ZeitzeugInnen und Angehörige der Betroffenen Ärztinnen und Ärzte zu finden. Die Untersuchung bezieht sich auf ganz Österreich, die Forschungsdauer ist auf vier Jahre projektiert. Jeder auch noch so kleine Hinweis kann den Autorinnen der Studie helfen, ein möglichst lückenloses Bild der zwischen 1938 und 1945 entrechteten, vertriebenen und ermordeten Ärztinnen und Ärzte zu zeichnen.

Autorinnen dieser Studie (und davor des Buches *Advokaten 1938*) sind die Rechtshistorikerin Ilse Reiter-Zatloukal sowie die Historikerin Barbara Sauer. In Israel unterstützt der in Wien geborene Zahnarzt Haim Galon die Studie durch Recherchen vor Ort.

Wenn Sie Angehörige oder Angehöriger sind beziehungsweise anderweitig Kenntnisse über betroffene Ärztinnen und Ärzte haben oder über Dokumente und sonstiges einschlägiges Material verfügen (auch Fotos), teilen Sie dies bitte mit:

Mag. Barbara Sauer

Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte
der Universität Wien
Schottenbastei 10-16 (Juridicum)
1010 Wien
E-Mail: barbara.sauer@univie.ac.at

Weiterführende Informationen zum Projekt können Sie auch im Internet finden: <https://drmed1938.univie.ac.at>

Relatives sought!

Research and book project. *Medical Doctors in Austria 1938-1945 – Deprivation of Rights, Expulsion, Murder*

The central aim of this project, which is being conducted within the framework of the *Department of Legal and Constitutional History* at the University of Vienna, is the publication of a prestigious memorial book containing articles by prominent academics and individual biographies of the doctors concerned in 2017. We are therefore trying to locate as many eye-witnesses and relatives of those affected as possible. The study, which will run for four years, covers all regions of Austria. Any information or leads, no matter how small, will help the study's authors to form as complete a picture as possible of the medical doctors who were deprived of their rights, expelled and murdered between 1938 and 1945.

The study's authors (and before it of the book *Advokaten 1938*) are the constitutional and legal historian Ilse Reiter-Zatloukal and the historian Barbara Sauer. In Israel, additional research to support the project is being carried out by the Viennese-born dentist Haim Galon.

If you are a relative of one of the doctors concerned or have any other information, or you have access to documents or other relevant materials (including photographs), please contact:

Barbara Sauer

Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte
der Universität Wien
Schottenbastei 10-16 (Juridicum)
1010 Vienna, Austria, Europe
E-Mail: barbara.sauer@univie.ac.at

Further information on the project can be found online at: <https://drmed1938.univie.ac.at/en/home>

Impressum

Medieninhaber: GEDENKDIENTST
- Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog
A-1050 Wien, Margaretenstraße 166,
tel +43 1 581 04 90 fax +43 1 253 303 390 72,
office@gedenkdienst.at, www.gedenkdienst.at
Erste Bank, BIC GIBAATWW, IBAN AT84 2011 1288 6856 4800

Obmann: Michael Spiegl
Kassier: Andreas Flaig
Schriftführer: Matthias Kopp

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins GEDENKDIENTST ident sein.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Roman Birke, Lukas Dünser, Regina Fritz, Jutta Fuchshuber, Matthias Heyl, Pawel Kamiński, Magnus Koch, Paul Kuglitsch, Ari Marhali, Philipp Rohrbach

Abbildungsnachweise:
Georg Hochmuth/APA/picturedesk.com (S.1)
MIT (S. 4)
Cillagos Házak (S. 5)

Chefredakteurinnen: Jutta Fuchshuber, Sarah Knoll
Redaktion: Roman Birke, Christian Buchmayer, Linda Erker, Lukas Dünser, Johann Kirchknopf, Fritz Kainz, Paul Kuglitsch, Ina Markova, Sara Vorwalder
Lektorat: Jutta Fuchshuber, Matthias Kopp, Sarah Knoll, Ina Markova, Sara Vorwalder

Layout: Philipp Haderer

Druck: simply more, Wien
Erscheinungsort: Wien
Auflage: 2500
Preis: 0,75 Euro